



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

405 (9.9.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193241](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193241)

Mannheimer General-Anzeiger

Belegblätter: Im Mannheimer u. Umgebung monatl. einbl. 1.50 für Bezugslohn u. Einschlebung
gegen 12. —, Postbezugs einbl. 1.50 ohne Einschlebung. Einz. Nummern 10 Pf. Die Briefe
werden nicht beantwortet. Postfach-Nr. 17600 Karlsruhe i. B. u. Nr. 2017 Ludwigshafen a. Rh. —
Gesamtdirektion in Mannheim: Postfach-Nr. 17600 — Fernsprecher Nr. 7040—7045.
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger.

Badische Neueste Nachrichten

Manuskriptverleger: 1. Aufl. 1.000 Exemplare. 2. Aufl. 1.000 Exemplare. 3. Aufl. 1.000 Exemplare. 4. Aufl. 1.000 Exemplare. 5. Aufl. 1.000 Exemplare. 6. Aufl. 1.000 Exemplare. 7. Aufl. 1.000 Exemplare. 8. Aufl. 1.000 Exemplare. 9. Aufl. 1.000 Exemplare. 10. Aufl. 1.000 Exemplare. 11. Aufl. 1.000 Exemplare. 12. Aufl. 1.000 Exemplare. 13. Aufl. 1.000 Exemplare. 14. Aufl. 1.000 Exemplare. 15. Aufl. 1.000 Exemplare. 16. Aufl. 1.000 Exemplare. 17. Aufl. 1.000 Exemplare. 18. Aufl. 1.000 Exemplare. 19. Aufl. 1.000 Exemplare. 20. Aufl. 1.000 Exemplare. 21. Aufl. 1.000 Exemplare. 22. Aufl. 1.000 Exemplare. 23. Aufl. 1.000 Exemplare. 24. Aufl. 1.000 Exemplare. 25. Aufl. 1.000 Exemplare. 26. Aufl. 1.000 Exemplare. 27. Aufl. 1.000 Exemplare. 28. Aufl. 1.000 Exemplare. 29. Aufl. 1.000 Exemplare. 30. Aufl. 1.000 Exemplare. 31. Aufl. 1.000 Exemplare. 32. Aufl. 1.000 Exemplare. 33. Aufl. 1.000 Exemplare. 34. Aufl. 1.000 Exemplare. 35. Aufl. 1.000 Exemplare. 36. Aufl. 1.000 Exemplare. 37. Aufl. 1.000 Exemplare. 38. Aufl. 1.000 Exemplare. 39. Aufl. 1.000 Exemplare. 40. Aufl. 1.000 Exemplare. 41. Aufl. 1.000 Exemplare. 42. Aufl. 1.000 Exemplare. 43. Aufl. 1.000 Exemplare. 44. Aufl. 1.000 Exemplare. 45. Aufl. 1.000 Exemplare. 46. Aufl. 1.000 Exemplare. 47. Aufl. 1.000 Exemplare. 48. Aufl. 1.000 Exemplare. 49. Aufl. 1.000 Exemplare. 50. Aufl. 1.000 Exemplare. 51. Aufl. 1.000 Exemplare. 52. Aufl. 1.000 Exemplare. 53. Aufl. 1.000 Exemplare. 54. Aufl. 1.000 Exemplare. 55. Aufl. 1.000 Exemplare. 56. Aufl. 1.000 Exemplare. 57. Aufl. 1.000 Exemplare. 58. Aufl. 1.000 Exemplare. 59. Aufl. 1.000 Exemplare. 60. Aufl. 1.000 Exemplare. 61. Aufl. 1.000 Exemplare. 62. Aufl. 1.000 Exemplare. 63. Aufl. 1.000 Exemplare. 64. Aufl. 1.000 Exemplare. 65. Aufl. 1.000 Exemplare. 66. Aufl. 1.000 Exemplare. 67. Aufl. 1.000 Exemplare. 68. Aufl. 1.000 Exemplare. 69. Aufl. 1.000 Exemplare. 70. Aufl. 1.000 Exemplare. 71. Aufl. 1.000 Exemplare. 72. Aufl. 1.000 Exemplare. 73. Aufl. 1.000 Exemplare. 74. Aufl. 1.000 Exemplare. 75. Aufl. 1.000 Exemplare. 76. Aufl. 1.000 Exemplare. 77. Aufl. 1.000 Exemplare. 78. Aufl. 1.000 Exemplare. 79. Aufl. 1.000 Exemplare. 80. Aufl. 1.000 Exemplare. 81. Aufl. 1.000 Exemplare. 82. Aufl. 1.000 Exemplare. 83. Aufl. 1.000 Exemplare. 84. Aufl. 1.000 Exemplare. 85. Aufl. 1.000 Exemplare. 86. Aufl. 1.000 Exemplare. 87. Aufl. 1.000 Exemplare. 88. Aufl. 1.000 Exemplare. 89. Aufl. 1.000 Exemplare. 90. Aufl. 1.000 Exemplare. 91. Aufl. 1.000 Exemplare. 92. Aufl. 1.000 Exemplare. 93. Aufl. 1.000 Exemplare. 94. Aufl. 1.000 Exemplare. 95. Aufl. 1.000 Exemplare. 96. Aufl. 1.000 Exemplare. 97. Aufl. 1.000 Exemplare. 98. Aufl. 1.000 Exemplare. 99. Aufl. 1.000 Exemplare. 100. Aufl. 1.000 Exemplare.

Die russischen Antibolschewisten und Polen.

Von Oberst Immanuel

Es war zu erwarten, daß mit den Fortschritten der Polen gegen die Sowjetarmee, an welchen sich nicht länger zweifeln läßt, auch die russischen Antibolschewisten ihr Haupt erhoben und auf Förderung ihrer Pläne rechnen würden. Allerdings müssen sie sehr vorsichtig sein, um sich nicht selbst ihre Aussichten zu verderben. Lenin hat es verstanden, dem Kriege gegen Polen einen starken nationalen Einschlag zu geben, indem er in die Massen Russlands das Schlagwort warf: Es geht nicht allein um die Herrschaft des Bolschewismus für die Zukunft, sondern auch um die Ehre und um die Freiheit ganz Russlands. Darum soll auch der Nichtbolschewist dafür eintreten, gegen Polen zu kämpfen, das Russland bedroht. Aus diesem Grunde ist ein Bündnis der antibolschewistischen Strömungen mit Polen nicht leicht. Es könnte in Russland auch bei den Kreisen, die gegen den Bolschewismus sind, mißverstanden und als antinationale Richtung gedeutet werden.

Der Kernpunkt der russischen antibolschewistischen Bewegung liegt in Südrussland bei General Wrangel. Die Armee ist zurzeit die einzige Stelle auf dem Boden des europäischen Russlands, wo ein offener Kampf gegen die Bolschewisten geführt wird. Wrangel steht in einem Krieg, der zwischen Erfolg und Mißerfolg hin und her schwankt. Das Unternehmen im Kubangebiet hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, auch in Nordrussland mühen die Wrangeltruppen vor den weit überlegenen Massen der Roten Armee bis in die Nähe der Enge von Perekop zurückzuweichen, die sie mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Schwarzmeerflotte zu halten hoffen. Dagegen hat Wrangel gegen Odesa hin entscheidende Fortschritte gemacht und bedroht die in der Gewalt der Bolschewisten befindliche Stadt. Sollte es ihm gelingen, sich ihrer zu bemächtigen, so wäre dies nicht allein ein sehr großer praktischer, sondern auch ein nicht minder bedeutender moralischer Vorteil. Odesa ist der Hauptpunkt Südrusslands, auch stellt es die Verbindung mit Bessarabien und Bessarabien, also mit Rumänien und Polen her.

Frankreich hat, wie bekannt, die Wrangelregierung anerkannt, aber noch nichts getan, um sie tatsächlich mit Waffen, Munition, Ausrüstung und Geld zu unterstützen. Daraus rechnet Wrangel, denn ohne solche Hilfe wird er sich schwerlich über die Krim im eigentlichen Sinne hinaus auf die Dauer halten können. Frankreich hat den Widerstand Englands in dieser Frage zu überwinden, da England sich nicht in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu Sowjetrußland setzen möchte.

Zugleich ist eine sehr lebhaft bewegte Bewegung im Gange, um den praktischen Zusammenschluß zwischen den verschiedenen Richtungen der russischen Gegenrevolution und Polen herbeizuführen. Konferenzen haben in den letzten Tagen in Wien, Warschau, Belgrad, Paris stattgefunden, um die Reibungsflächen zu glätten und die noch bestehenden zahlreichen Widerstände zu beseitigen. Die antibolschewistischen Führer: der Sozialrevolutionär Samojlow, General Biskupski, Arsenjew und Dmitri Pawlowitsch verfügen in Deutschland, Desterreich, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei über Gruppen von je einigen Tausend Mann, für die es allerdings an Waffen, Ausrüstung, hauptsächlich aber an Geld fehlt. Daher stößt der Zusammenschluß auf Schwierigkeiten, während Polen sich nicht recht an die Sache herantraut. Auch ist es nicht leicht, zu sichten, wo die Abenteuerer und die Unbeständigkeit aufhört und die Aussicht auf wirtschaftliche Leistungen beginnt.

Man kann zweierlei Richtungen unterscheiden: eine „französische“ und eine „deutsche“ orientierte. Die französische Richtung geht auf die Unterstützung der Polen und der Regierung Wrangels, die beide auf Frankreichs Hilfe angewiesen sind, denn sie haben gar keine andere. Daher bleibt nichts anderes übrig, als sich die verschiedenen Teile der Antibolschewisten in Paris den Hals zu suchen und sich unter den Schutz Frankreichs stellen. Andererseits wird versichert, daß namentlich in Südrussland gar keine Reizung zu Frankreich vorhanden ist. Vielmehr würde man dort, falls es ginge, mit Deutschland gemeinsame Sache machen und Unterstützung aus Deutschland ziehen. Allein dieser Weg ist zurzeit unbetretbar. Der Gegensatz zwischen Deutschland und Polen ist der denkbar größte. Sodann hat Deutschland die Neutralität erklärt und kann in seiner augenblicklichen Schwäche, im Innern der radikalen Richtung gegenüber wie nach außen mit Rücksicht auf die Entente, gar nicht anders handeln, als sich die allergrößte Zurückhaltung in russischen Angelegenheiten aufzuwerfen. Somit hat die „französische Orientierung“ zurzeit unbedingt die Oberhand.

Die deutsche Orientierung ist eine Frage der Zukunft. Wir haben allen Grund, in dieser Frage den vorliegenden Nachrichten gegenüber die größte Vorsicht walten zu lassen. Was das „Berliner Tageblatt“ am 2. Sept. an Andeutungen aus Wien hierüber gebracht hat, bedarf der Bestätigung. Dort hieß es, daß die russischen Gegenrevolutionäre in Berlin aus deutschen rechtsstehenden Kreisen reiche Unterstützungen erhalten und bereits stark mit einem Einschlag in Deutschland rechnen, ja als das beste Mittel, der Reaktion in Deutschland zum Siege zu verhelfen, die Erregung kommunistischer Unruhen ansehen. Unserer Ueberzeugung nach liegen hier Mahnungen vor, um gegen die rechtsstehenden Kreise Deutschlands Stimmung zu erregen, und die Massen mißtrauisch zu machen. Wir bezweifeln, daß die Verhandlungen, wenn sie überhaupt stattgefunden haben, über den Rahmen unverbindlicher Meinungsäußerungen hinausgegangen sind.

Der russische Bolschewismus wird aller Voraussicht nach nicht durch das Schwert der äußeren Feinde fallen, sondern in einer wahrscheinlich nicht mehr fernen Zeit an innerer Schwäche und Erschöpfung Russlands sterben. Wer dann die Erbschaft antreten wird, das ist eine gegenwärtig noch

nicht zu lösende Frage. Wir sehen, daß sich Hände von der verschiedensten Seite regen, um sich des zu erwartenden Nachlasses rechtzeitig zu versichern.

Die Antwort auf die Balfournote.

Paris, 8. Sept. (WB.) Die der „Matin“ aus London meldet, hat die russische Delegation ihre Antwort auf die letzte Balfournote bekanntgegeben. Die Antwort sei sehr sanft und bezog sich über die plötzliche Änderung in der Haltung der englischen Regierung. Es scheine, so wird gesagt, daß Balfour unter dem Eindruck stehe, in der militärischen Lage zwischen Russland und Polen sei eine radikale Änderung eingetreten. Was in Wirklichkeit passiert sei, sei aber nur, daß eine militärische Teilunternehmung nicht geglückt sei. Die Kräfte Russlands, verglichen mit denen von Polen, seien dieselben wie früher. Wenn also die englische Regierung vor 3 Wochen anerkannt habe, daß Russland als Sieger das Recht habe, seine Bedingungen aufzustellen, so sei die Lage wieder unverändert. Die Note schließt mit einem begeisterten Lob der Sowjetregierung.

Der englische Gewerkschaftsbund für die Zulassung der russischen Delegierten.

Paris, 9. Sept. (WB.) Wie der „Matin“ aus London meldet, hat der Gewerkschaftskongress eine Entschließung gegen die Weigerung der Regierung angenommen, die russischen Delegierten nach England zuzulassen.

Die Spannung zwischen Litauen und Polen.

Amsterdam, 9. Sept. (W. B.) Der Telegraaf meldet aus London: Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Litauen seine Ansprüche auf die Stadt Suwalki habe fallen lassen. Das Blatt meldet weiter, daß der Völkerbund eine Erklärung an die Blätter gerichtet hat, in der auf die gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen hingewiesen wird. Es wird betont, daß in dieser Frage der Völkerbund auftreten müsse und es wird auf die Notwendigkeit eines unparteiischen Schiedsrichters Nachdruck gelegt. Außerdem wird auf den Artikel 2 des Völkerbundesvertrages hingewiesen, in dem die Zuständigkeit des Völkerbundes festgesetzt ist.

Abtretung Oberschlesiens ohne Abstimmung?

Berlin, 9. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) Die in Oberschlesien umlaufenden Gerüchte über die Abtretung Oberschlesiens an Polen ohne Abstimmung haben in letzter Zeit eine konkretere Form angenommen. Nach dem Beschluß des Obersten Rates soll Oberschlesien an Polen abgetreten werden, Frankreich das Protektorat darüber erhalten, Danzig an England, Pommern an Italien fallen. An Berliner amtlichen Stellen ist jedoch davon, wie wir erfahren, nichts bekannt. Man befürchtet aber dort eine Wiederholung der Unruhen in Oberschlesien.

Die oberschlesische Kohlenlieferung.

Berlin, 9. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) Die in den letzten Augusttagen von den Abstimmungskommissionen in Oberschlesien verhängte Sperre für den Kohlenabtransport nach Deutschland ist in den ersten Tagen des September wieder aufgehoben worden. Die Lieferungen sind immer noch durchaus unbefriedigend. Die von der Entente in Spa gegebenen Zusagen, um die Erfüllung des Spaer Abkommens durch eine Neuregelung der Verteilung der oberschlesischen Kohle zu erleichtern, haben sich leider noch nicht verwirklicht. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange.

Die Abstimmung in Kärnten.

Klagenfurt, 9. Sept. (WB.) In der im Landhaushof abgehaltenen Versammlung protestierten 8000 stimmberähligte Kärntner nachdrücklich gegen den südslawischen Terror in der Südbanone. Der Interalliierten Kommission wurde eine einstimmig gefasste Entschiedenheit überreicht, worin die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages für die Südbanone verlangt wird, da die Presse-, Versammlungs- und Berufsfreiheit in dieser Zone immer noch unterdrückt sei. Weiter wird dringend der Abzug des südslawischen Militärs verlangt und die Erziehung der parteilichen und landfremden Gendarmen durch die vormaligen parteilichen zusammengesetzte örtliche Polizei. Außerdem wird die Heranziehung von Interalliierten Truppen beantragt, da die Beordnungen der Interalliierten Kommission von den Südslawen grundsätzlich nicht befolgt werden.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

In Rom selbst wird der Metallarbeiterstreik mit aufwallender Ruhe betrachtet. Der König weilt in Südfrankreich, Blasatti in den Alpen; auch die meisten Minister sind von Rom abwesend. Man kann dort das Ausland nicht verstehen, das von einer drohenden italienischen Revolution rede und doch wissen müsse, daß in Italien alles mit großem Eifer beginne und mit einem heiteren Spaziergang ende. Man will den Arbeitern freie Hand lassen, zu zeigen, daß sie unfähig sind, die Gütererzeugung zu organisieren. Das ist zwar ein teures Experiment, aber noch immer billiger als die Anwendung von Gewalt, die den Sozialisten den Vorwand zu der Behauptung liefern müßte, sie würden durch die Regierung gehindert, ihre Organisationsfähigkeit zu beweisen. So wird innenpolitisch dieselbe Taktik verfolgt wie außenpolitisch gegenüber Rußland. Man ist überzeugt, daß die Bewegung bald in sich selbst zusammenstürzen wird. Tatsächlich haben die Sozialisten das ängstliche Gefühl, sich zu weit vorgewagt zu haben, und suchen nun den Rückweg. Die Regierung ist bemüht, ihnen diesen ohne allzu großen Prestigeverlust zu erleichtern. Die Schwermierigkeit liegt bei den Industriellen, die eine volle Niederlage der Sozialisten wünschen, damit die fortwährenden Unruhen endlich ein Ende nehmen.

Dinlaue Zusammenstöße in Triest.

Paris, 9. Sept. (WB.) Wie das Journal aus Turin meldet, ist es in Triest bei der Beilegung der Opfer der letzten Tage zu Zusammenstößen gekommen. Es gab ein vierstündiges

Feuergefecht zwischen den Truppen und Manifestanten, wobei 2 Personen getötet und 30 verletzt wurden. Die Stadt wurde militärisch besetzt.

Englands ernste Lage.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

London, 9. Sept. (WB.) Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter berief eine nationale Konferenz der Bergarbeiterdelegierten für heute abend nach Portsmouth ein, um den Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung und deren Ergebnis zu hören.

Paris, 9. Sept. (WB.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus London hat sich Lloyd George bereit erklärt, die Delegierten der Bergarbeiter zu empfangen, falls sie Wert darauf legen. Die Lage wird wegen der gestrigen Besprechungen etwas günstiger beurteilt.

Der Bürgermeister von Cork.

London, 9. Sept. (WB.) Ähnlich wird erklärt, Lloyd George habe keine amtliche Zusicherung für die Freilassung des Bürgermeisters von Cork gegeben, unter der Bedingung, daß die verbrecherischen Attentate in Irland aufgehört. In einer weiteren Erklärung sagt die Regierung, daß die im Gefängnis von Cork befindlichen Iren, die den Hungerstreik durchführen, auf frischer Tat abgefaßt worden seien und durch den Streik nur den Gang des Gerichtes beeinträchtigen. Es sei nicht angängig, Leute, die unter so schwerer Anklage ständen, wie diese, ohne Aburteilung freizulassen, was das Ende der Durchführung der Befehle bedeuten würde.

Schluß der Konferenz von Stresa.

Mailand, 9. Sept. (WB.) Corriere della Sera meldet aus Stresa, daß gestern die beiden letzten Sitzungen der deutsch-italienischen Konferenz stattfanden. Die italienische Delegation unterbreitete den deutschen Delegierten eine Liste der Waren, welche Italien liefern könnte, und ersuchte, sich darüber auszusprechen. Die deutschen Delegierten anerkannten den Grundgedanken, daß Deutschland mittels der italienischen Vorschüsse auf italienischen Märkten eintaufe. Dies stellt das Hauptergebnis der Konferenz dar. Die Delegation hat gestern Stresa verlassen. Der deutsche Ernährungsminister Dr. Hermes drückte seine Befriedigung über die Herrlichkeit des Empfanges und über den freundschaftlichen Geist aus, den Italien im Laufe der Verhandlungen an den Tag legte.

Zur Schuldfrage auf dem 1. Genfer Kirchenkongress.

Der deutsche Einspruch gegen die auf der ersten internationalen Genfer Kirchenkonferenz („Universal-Konferenz der Kirche Christi für Leben und Arbeit“) erhobene französische Forderung, daß eine gemeinsame Aktion der evangel. Christenheit erst möglich sei, wenn der Protestantismus Deutschlands und Österreich-Ungarns durch eine offizielle Erklärung die Schuld der Zentralmächte am Kriege anerkannt und die Politik ihrer Regierungen beurteilt habe, hat im In- und Ausland mit Recht starke Beachtung gefunden und dürfte noch zu weiteren lebhaften Auseinandersetzungen führen. Wir sind in der Lage, den Wortlaut der Antwort D. Schreibers-Berlin auf die französische Erklärung mitzuteilen: „Wir stehen vor der Tatsache, daß die offizielle Vertretung des französischen Protestantismus eine bedeutsame Erklärung dahin abgegeben hat, daß, wenn ich richtig verstanden habe, seine Mitarbeit an der Konferenz von der Erfüllung folgender Bedingung abhängt: „Die deutschen Kirchen sollen offiziell anerkennen, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges trägt, und öffentlich erklären, daß sie sich von dem Unrecht Deutschlands abwenden.““

Ich antworte auf diese Tatsache mit der Versicherung, daß ich, ohne dieselben näher zu kommentieren, um Ihre Geduld nicht zu lange in Anspruch zu nehmen.

1. Eine offizielle Vertretung der deutschen evangelischen Kirchen ist auf dieser Konferenz nicht vorhanden. Der Deutsche Evangelische Kirchenrat, der den deutschen Protestantismus in internationalen Fragen vertritt, ist nicht eingeladen. Ich bin persönlich zur Teilnahme aufgefordert und bin hier als Schriftführer der Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen.

2. Die Erklärung einiger meiner deutschen Freunde im Haag vom 1. Oktober 1919, daß sie den E. marsch der Deutschen 1914 in Belgien als ein moralisches Unrecht ansehen, eine Erklärung, die heute vormittag hier von den französischen Protestanten dankbar begrüßt ist, hat in den weitesten Kreisen des evangelischen Deutschlands den lebhaftesten Widerspruch gefunden, den ich teile.

3. Der Deutsche Evangelische Kirchenrat hat unter dem 10. Juli 1920 an Herrn Robert Gardiner, den General-Sekretär der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung, die vom 12. August ab hier in Genf eine vorbereitende Sitzung hält, ein bedeutungsvolles Schreiben gerichtet, dessen Hauptinhalt hier zur Kenntnis zu geben ich von neutraler Seite gebeten bin und auch persönlich zu tun das Recht habe. Der Kirchenrat ist grundsätzlich zur Teilnahme an Bestrebungen bereit, die zwischen den christlichen Kirchen aller Bekenntnisse ein engeres, von der Liebe zu Jesus Christus, unserem Herrn, getragenes Band knüpfen wollen. Einer Beteiligung an der Weltkonferenz stehen aber gewichtige Ablehnungsgründe gegenüber.

4. Herr E. Grandjean, Sekretär der Mission Romande in Lausanne, hat in einem in der „Semaine Religieuse“ veröffentlichten Bericht über die internationale Besprechung zwischen Führern der Missionen in Cannes Ende Juni mit Recht gesagt, daß die nationalen Kirchen wegen ihrer engen Verbundenheit mit ihrem Volkstum nach einem Kriege größere Schwierigkeiten für eine Wiederannäherung haben als die Missionsgesellschaften.

Zum Schluß noch einige persönliche Bemerkungen. Wenn ich ungeachtet der genannten Tatsachen der Aufforderung zur Teilnahme an der Konferenz gefolgt bin, so geschah dies aus folgenden Gründen: a) Die Einladung war ohne jede Bedingung erfolgt. b) Ich verläßt jede Gelegenheit, wo die Angehörigen verschiedener Völker jetzt nach dem Kriege sich privatim als Männer und Christen über die Fragen auszusprechen können, die uns bewegen. c) Einen Erfolg von solchen Ausprägungen erhoffe ich bestimmt, wenn man beim Blick auf die Vergangenheit nicht nur eine Demut, sondern eine optima fides anerkennt; wenn man vorwärts auf die großen gemeinsamen Aufgaben des Christentums blickt, die in dieser Weltkrise gelöst werden müssen;

wenn man im Glauben aufwärts schaut zu unserm gemeinsamen Herrn und Heiland Jesus Christus.

Die Erklärung der Franzosen fand bei den Vertretern Italiens und Englands, namentlich aber Nordamerikas Widerpruch. Dr. Macfarland's (Newport) Antrag, die Erklärung entgegenzunehmen und dem Konferenzenausschuss zu überweisen, fand keine Zustimmung, ebenso wenig ein Antrag des Pastors Gordon (Wien), von derselben Kenntnis zu nehmen. Angenommen wurde vielmehr der Antrag des Amerikaners Dr. Bandy, in 2 bis 3 Jahren eine Kirchenkonferenz abzuhalten. Da zur Teilnahme an derselben keinerlei Bedingungen genannt wurden, war der französische Antrag abgewiesen; bei der Zusammenkunft der Vertretung und den engen Beziehungen zwischen dem Protestantismus Nordamerikas und Frankreichs ein sehr bemerkenswertes Ergebnis!

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 9. Sept. (W. B.) Der Beamtenbund des Saargebietes hat im Verein mit den Eisenbahnergewerkschaften wegen des von der Saarregierung erlassenen Beamtenstatuts eine Eingabe an den Völkerbund gerichtet. Dem Vernehmen nach wird der Völkerbund am 10. September über die Demission des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Alfred v. Boch und damit auch über die Beamtenfrage des Saargebietes verhandeln.

Saarbrücken, 9. Sept. (W. B.) Die sämtlichen Arbeitgeberverbände des Saargebietes haben an den Arbeitgeberverband der saarländischen Industrie wieder neue Gehaltsforderungen gestellt und ein Schreiben an den Verband gerichtet, in dem diese Forderungen durch den Hinweis auf die gerade in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung der Lebensmittel und sämtlichen Bedarfsgegenstände begründet werden.

Die Spaltung der U. S. P.

Die „Hamburger Volkszeitung“, das Organ des linken Flügels der U. S. P. ist, wie zu erwarten war, mit der Reichskonferenz der Partei unzufrieden. In der Nr. 208 vom 6. September bringt das Blatt einen Leitartikel zur Reichskonferenz, in dem ausgeführt wird, daß Moskau zur Reichskonferenz „ein schlechtes und dumpfes Echo“ gefunden habe. Es wäre zum Verzweifeln — erklärt das Blatt — wenn man nicht wüßte, daß die Instanzen, die in Berlin konferiert haben, nur zu einem kleinen Teil Organe der Massen waren. Weiter heißt es dann tödlich:

„Bei der Zusammenkunft der Reichskonferenz war nichts anderes zu erwarten. Und der Verlauf der Konferenz hat uns mit aller Deutlichkeit gezeigt: daß die in der U. S. P. bestehenden Gegensätze nicht mehr zu überbrücken sind. Die Dinge drängen zu einer letzten Entscheidung. Sie sind überreif. Bei den Massen wird es liegen müssen, zu entscheiden, ob die bisherige schwindende Politik fortgesetzt oder ob endlich nach revolutionären Richtlinien gearbeitet werden soll. Eine Klärung in dieser Richtung hat die Reichskonferenz nicht gebracht und konnte sie auch nicht bringen. Die Wortführer haben teilweise bewiesen, daß die Differenzen schon längst hätten zum Austrag gebracht werden müssen. Dann hätten sie nicht eine solche geistlose, scharfe und persönliche Note erhalten wie auf der Konferenz. Auch für die U. S. P. gilt das alte Wort: man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen.“

Deutsches Reich.

Der Streit um den Berliner Stadtschulrat.

Berlin, 8. Sept. Im Wahlausschuß der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung, der sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit der Wahl des Stadtschulrats beschäftigte, sollte über die Besetzung des Stadtschulratspostens beschlossen werden, den die sozialistische Mehrheit des Stadtparlamentes geschaffen hat. Wie schon mitgeteilt, ist für diese Stelle von der Antipartei der Unabhängigen sozialistische Schriftsteller Dr. Kurt Löwenstein in Aussicht genommen worden, eine Persönlichkeit, die auf dem pädagogischen Gebiet vollkommen unbekannt ist. Die Beschlußfassung über die Besetzung des Stadtschulratspostens dürfte sich zur Kritik der Verhandlungen über die Wahlratswahl überhaupt entwickeln. Wenn die Vertreter der U. S. P. und der S. P. D. behaupten, der Ausfall der Stadtverordnetenwahlen habe gezeigt, daß die Mehrheit der Groß-Berliner Bevölkerung auch auf dem Gebiete der Schule und insbesondere des Religionsunterrichts ihnen Recht gegeben habe, so muß eine solche Behauptung mit aller Entschiedenheit als irrig bezeichnet werden. Nicht die Mehrheit der Stadtverordnetenwahlen darf hierbei als entscheidend herangezogen werden, sondern lediglich der Meinungsdruck der Wähler bei den Wahlen der Stadtverordneten. Die dabei klar und überwiegend zutage getretene Mehrheit, zu der auch Tausende von Vätern und Müttern

aus dem Lager der S. P. D. und der U. S. P. gehören, hat sich mit aller Entschiedenheit für die Beibehaltung der Religionslehre ausgesprochen. Der Religionsunterricht aber müßte in Zukunft aus den Schulen Groß-Berlins verbannt werden und einer freien, den Korrekturen Platz machenden, wenn Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat gewählt würde.

Zunehmender und dringender werden die Proteste, die von der Lehrerschaft und den Elternbeiträgen aus allen Teilen Groß-Berlins gegen eine einseitig parteipolitische Besetzung des Stadtschulratspostens bei dem Wahlausschuß einlaufen.

Die Organisationen der gesamten Groß-Berliner Lehrerschaft haben gestern Abend in einer gemeinsamen Besprechung zu der Stadtschulratsfrage Stellung genommen und folgende Erklärung dem Wahlausschuß zugeleitet:

Die bevorstehende Wahl des Stadtschulrats hat in der Presse zu lebhaften Erörterungen geführt. Die unterzeichneten Organisationen der gesamten Berliner Lehrerschaft nehmen nicht von politischen und konfessionellen Gesichtspunkten aus zu der Wahl Stellung. Sie müssen jedoch verlangen, daß nur eine allgemein anerkannte Persönlichkeit für das Amt des Stadtschulrats in Betracht kommt, die auf Grund langjähriger, eigener Erfahrung im Besitz der großen Fähigkeiten ist, die die Leitung eines so weitverzweigten Schulwesens, wie das von Groß-Berlin, verlangt. Die gesamte Lehrerschaft macht mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Wahl eines Mannes, der nicht diesen Anforderungen entspricht, die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens zwischen Verwaltung und Lehrerschaft ausschließt.

Unterzeichnet ist diese Erklärung von folgenden Verbänden: Groß-Berliner Philosophenverband, Mithras-Kommision der Groß-Berliner Lehrervereine, Verein der Lehrerinnen an öffentlichen höheren Lehranstalten, Verein Berliner Lehrerinnen, Verein Berliner Hochlehrerinnen, Arbeitsgemeinschaft Groß-Berliner Lehrerinnenvereine.

Für die Kleinrentner.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. (Deutscher Volks-) hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Durch die Erhebung der Kapitalertragssteuer ohne Verzicht auf die Einkommenssteuer wird die Lebenshaltung der ohnehin schon unter der Lebensunterstützung sehr notleidenden erwerbsfähigen Kleinrentner auf eine außerordentlich veränderte. Nach einem in der Regel recht hohen Leben besitzen diese Kleinrentner von den unter großen Einkünften juristisch getrennten Kapitalrentnern einen sorglosen Lebensabend nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit haben zu können. Der unterrichtliche Abzug der Kapitalertragssteuer hat aber jetzt großer Not aus, zumal, wenn ihr Einkommen nur gering ist. Die Erhebung der jetzt in Höhe von 10 Prozent Kapitalertragssteuer auf die Einkommenssteuer, die für die Kleinrentner im höchsten Maße eine Einbuße an Einkommen bedeutet, ist unannehmlich. Die Kleinrentner sind durch den jetzt gestiegenen 10 Prozent-Abzug im Kapitalertrag zu sehr gedrückt. Ein großer Teil dieser Kleinrentner besitzt weder staatliche Alters- oder Invalidrenten, noch auch eine sonstige Unterstützung.

Es ersucht als ein Gebot der Gerechtigkeit, auch diesen Staatsbürgern beim Steuerabzug dieselben Erleichterungen zu gewähren, die das Reichsfinanzministerium den Arbeitern und Angestellten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn gewährt hat. Die Einkommen dieser Kleinrentner und Kleinrentnerinnen sind außerdem niedriger als die Einkommen der Arbeiter und Angestellten.

- Ist die Reichsregierung in der Lage,
1. den erwerbsfähigen Kleinrentnern ein Mindesteinkommen aus Kapitalertrag in Höhe von 1500 Mark, das für die Ehefrau um 500 Mark zu erhöhen wäre, vom Abzug der 10 Prozent Kapitalertragssteuer freizustellen?
 2. die bereits erhobene Abgabe vom Kapitalertrag den nicht mehr als barant 1500 Mark bzw. 2000 Mark (mit Ehefrau) Einkommen besitzenden erwerbsfähigen Kleinrentnern bzw. Kleinrentnerinnen vollständig zurückzuführen?
 3. die Gehalts des Herrn Reichsfinanzministers nach § 108 der Reichsabgabenordnung zum Ersatz beim zur Zurückhaltung unzulässig eingesetzten Steuern den Landesfinanzämtern zu übertragen?

Ein Kleinenprozeß gegen Eisenbahnbeamte.

48. Düsseldorf, 8. Sept. (Preis.-Tel.) Ein Kleinenprozeß gegen 48 Eisenbahnbeamte und Angestellte beginnt am kommenden Donnerstag vor der Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts. Der Anklage liegen die bekanntesten Eisenbahndiebstähle auf dem Güterbahnhof zu Grunde, die während der Arbeitszeit und nach der Arbeitszeit die in die Gegenwart von Eisenbahnbeamten und Angestellten ausgeübt wurden. Der Schaden geht in die Millionen. Für den Prozeß sind mehrere Tage vorgesehen.

Baden.

Die Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

2. Karlsruhe, 9. Sept. (Preis.-Tel.) Durch die vom Arbeitsministerium erlassene Verordnung betr. die Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 sind die früheren Verordnungen außer Kraft getreten. Anstelle der durch Kohlenmangel und Teuerung bedingten dauernden Unmöglichkeit, der Wohnungsmangel Herr zu

werden, muß dieselbe in den nächsten Jahren vorwiegend durch härtere Ausübung der vorhandenen Wohnräume gemindert werden. In den größeren Städten ist dies schon in weiterem Umfang geschehen, aber auch die kleineren Gemeinden müssen dem Beispiele der Städte folgen. Die durch die Wohnungsrationierung entstehenden Beschränkungen und Unzulänglichkeiten müssen im Interesse des Gesamtwohls ertragen werden. Das Arbeitsministerium hat eine einheitliche Anordnung für sämtliche Gemeinden des ganzen Landes erlassen, nach der jede Gemeinde die Pflicht hat, von den ihr zustehenden Befugnissen Gebrauch zu machen. Am eingehendsten enthält die Verordnung insbesondere Vorschriften über die Erhebung des verfallenden Wohnraumes, Ankauf und Ausbesserung, Beschaffung von Räumen, Vermittlung beschaffbarer Räume, die Vermittlung der vorhandenen Wohnräume, das Verbot von Verdrängungen und das Verbot von Verdrängungen. Die Verdrängungen sind zum Zweck einer gleichmäßigen und (scharf) Durchführung der Bestimmungen neuerdings beauftragt worden, eine Wohnungsbesitzung, zu veranlassen, sofern solche in der letzten Zeit nicht schon erfolgt ist. Am liebsten ist auf der schlechtesten Durchführungs eines gleichmäßigen Vorgehens in allen Gemeinden zu dringen. Die Städte der Städteordnung sind unmittelbar um Vornahme der Maßnahmen ersucht worden.

Letzte Meldungen.

Die Explosion auf der Reichswerth in Rüstingen.

3. Wilhelmshaven, 9. Sept. (Preis.-Tel.) Die Explosion auf der Reichswerth in Rüstingen dauern noch an, jedoch im Laufe des gestrigen Nachmittags das Stationskommando den Befehl gab, wegen Gefährdung der Werksfeuerwerke die Arbeiter zu evakuieren. Trotzdem verließen 5 Feuerwerker aus dem Standort betanzukommen. Sie wurden aber durch eine plötzliche Explosion getötet. Heute morgen verließen die Arbeiter die Werksanlagen und die Arbeit wieder aufzunehmen, aber wegen der fortwährenden Gefährdung muß das Werk weiter still liegen. Die Zahl der Toten ist auf 3 festgestellt worden, einschließlich der 5 Feuerwerker. Die Zahl der Schwerverletzten läßt sich noch nicht überblicken.

Der Flug durch Europa.

Paris, 9. Sept. (W. B.) Die Flugkapitän Roger hat gestern Nachmittag 2 Uhr von Lyon aus ab und landete um 5.45 Uhr in Le Bourget. Er hat damit seinen Flug durch Europa beendet, den er am 9. Juni von Villacoublay aus angetreten hatte und der ihn nach Berlin, Prag, Bukarest und Konstantinopel führte. Sein Apparat erlitt wiederholt Beschädigungen, jedoch er die Reise nach Griechenland und Italien erst verspätet ausführen konnte. In Italien wurde der Flieger eine ganze Woche lang aufgehalten, da er sich zur Behebung eines Motorschadens erst die Ersatzteile aus Paris kommen lassen mußte. Sein Reaktor mußte wegen Fieber den Flug aufgeben.

Das Erdbeben in Oberitalien.

Paris, 9. Sept. (W. B.) Nach Meldungen aus Rom sind in der Provinz Florenz 200 Personen bei dem Erdbeben getötet und über 300 verletzt worden. In der Provinz Spezia sprich man von mehreren hundert Toten. Die Bewohner kampieren auf dem Lande im Freien, da sie neue Erdbeben befürchten.

Rom, 9. Sept. (Preis.-Tel.) Die letzten Nachrichten über das Erdbeben in Italien lauten traurig. Die Opferrollen, Solera und Oni sind fastlich vollkommen zerstört. Die Zahl der Todesopfer beträgt etwa 300, außerdem wurden mehrere hundert Personen verwundet. Auch der Schaden ist erheblich. Tausende von Familien sind obdachlos. Nach Pariser Meldungen aus Rom sind in der Provinz Florenz über 300 Personen verletzt worden. In der Provinz Spezia sprich man von mehreren hundert Toten. Die Bewohner kampieren auf dem Lande im Freien, da man neue Erdbeben befürchtet. Die Regierung hat sofort eine ausgiebige Hilfsaktion einleitet. Der König ist heute in Pisa eingetroffen, um die Unfallschäden zu besichtigen.

Die Konferenz der baltischen Staaten.

Kopenhagen, 9. Sept. (W. B.) Das litauische Pressebüro meldet vom 7. Sept. aus Riga: Gestern wurde die Konferenz der baltischen Staaten in Riga beendet. Die Konferenz sollte auf ihrer letzten Sitzung einen Entschluß, einen dauernd Staatsbeschlüsse zu erlassen, aber seinen Sitz in Riga haben soll. Präsident Illmanis hob in seiner Abschiedsrede hervor, daß zwischen den baltischen Staaten die politische Annäherung erfolgt sei, was als Hauptergebnis der Konferenz gelten müsse.

Zwei Frauen die Schwelmer.

TBO. Volkach, 8. Sept. In einer Schöffengerichtssitzung erklärte, wie man den Vezp. R. R. schreibt, der Bandit Wiegand aus Neupelsdorf auf Befragen des Untersuchers, warum er keine Witz abliefern, obwohl er doch vier Räder im Stalle habe: „Zwei Frauen meine Schwelmer!“ Urteil: vierjährige Gefängnis.

Der Mann mit den sieben Masten.

Roman von Erich Duffen.

61) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nein, nein!“ erklärte der Diözesan beruhigend. „Tun Sie, was Sie für gut halten — ich billige alles — gewähren Sie mir einige Minuten der Ruhe — dieser Schlag trifft mich unsagbar.“

Während der alte Herr erschöpft in seinen Stuhl sank und die Hand vor die geschlossenen Augen hielt, eilte der Bediente mit fast komischer Geschwindigkeit hinaus, um sich sofort mit der Vezel in Verbindung zu setzen.

Der Dominikaner war im Hotel Daniel, einem der ersten Gasthöfe der Stadt, abgestiegen. Er hatte eines der teuersten Zimmer inne.

Als die Geheimpolitisten eintraten, erfuhren sie, daß der Fremde seit gestern Abend noch nicht zurückgekommen war. Vor dem Weggehen hatte er seine Rechnung beglichen und reichliche Trinkgelber gegeben.

Er hatte erzählt, daß er eine Fahrt ins Gebirge mache und möglicherweise nicht zurückkehre. Für diesen Fall werde er telegraphisch über seinen Koffer verfügen.

Beim Weggehen selbst hatte ihn niemand näher beobachtet. Ein Hausbesuche versicherte, er habe ihn in einem langen schwarzen Mantel zum Seitentore nach der Heiligen-Geist-Straße hinausgehen sehen.

Eine Verfügung über sein Gepäck hatte er noch nicht getroffen.

In Ort und Stelle wurde in Gegenwart des Domprobsten den ziemlich neue Koffer geöffnet. Aufrichter langte den Kriminalsekretären alle einzelnen Stücke heraus und gab eine Erklärung dazu.

Da kamen zum Vorschein sein weißes Wäschegepäck mit dem Stoppfuder, der schwarze Mantel mit Kapuze, Rosenkränze, lateinische Gebetbücher, ein Beutel, die Bücher aufgelegt neu und wenig gebraucht; zahlreiche Photographien von Welt- und Klostergeistlichen aller Grade, Ansichten von Klöstern aller Länder, ein Tagebuch und ein Druckapparat, außerdem noch ein zweiter Gebetsbrief, in dem der Vot des Trappistenlofers Mount Mellerau in Irland den Konventualen seines Klosters, Vater Joseph, für seine Komreise alten Bischöfen und Mönchen empfahl und Gottes Segen auf ihn herabsandte. Das Schreiben trug mehrere — offenbar echte — Lehreters Unterschriften und französischer Bischöfe aus dem letzten Jahre. Zuletzt fand man eine Photographie des Unbekannten selbst in vollem bischöflichen Ornat.

„Doktor Aufrichter sah das Bild lange an. Dann zeigte er es den Beamten. „Ist es möglich“, sagte er fast mit Tränen, „daß die Frömmigkeit in einem solchen Gesicht sich malen kann? Würde nicht jeder versichern, er müßte diesen gottesehrsten Priester, aus dessen Blick ein Abglanz des Heiligen zu leuchten scheint, von ganzem Herzen lieben, verehren?““

Der Präbendat durchblätterte das Tagebuch, aus welchem einige Schriftstücke herausfielen. Es enthielt recht genaue Aufzeichnungen über die Reisen und Fahrten, die der Autor unternommen hatte. Er schien zu den „schreibenden Verbrechern“ zu gehören.

Der Präbendat überleg eine Stelle im Tagebuche und las sie dann laut vor. Sie trug die Überschrift: „Meine Unterlagen für meinen künftigen Biographen, von ihm, wenn ich bitten darf, wörtlich zu benutzen.“

Die Stelle lautete: „Ohne jemals Priester geworden zu sein, ohne eine Weihe erhalten zu haben, ohne Koch auf die Teller, ohne humanistische Bildung, aber vertraut mit den Einrichtungen der Kirche, mit ihrem Geiste und ihren Gebräuchen, mit den Gewohnheiten der Geistlichen, habe ich seit Jahren Seelsorge gelebt, gepredigt, Beichte gehört, die Sakramente gespendet und unzählige Misse das heilige Messopfer dargebracht.“

Der alte Herr schloß einen Augenblick Atem und las dann weiter.

„Ich reiste im Wäschegepäck die Wäschekirche, nach überall Gastfreundschaft in Anspruch, verschaffte mir bares Geld durch Reklamationen, nahm Darlehne gegen förmliche Schuldscheine zu Kesseln, die mein Kloster oder der Ordensgeneral einlösen würde, bot gelegentlich gegen das kanonische Verbot sechs Prozent Zinsen und begnügte mich schlimmstenfalls mit einem Vikarium.“

Der Präbendat bekam einen roten Kopf und ballte die Faust. „Dieser Hohn! Dieser unerträgliche Hohn!“

Die Geheimpolitisten rissen Augen und Ohren auf. Ein solcher Unverschämter war ihnen noch nicht vorgekommen.

Doktor Aufrichter, der bereits ansah besser zu werden, las gleichwohl mit zorniger Stimme im Tone einer Buhpredigt weiter.

„Wohin ich Trappist aus Mount Mellerau, bald Dominikaner aus Neufra, oder von St. Spirit oder aus einem der zahllosen Klöster, die ich auf meinen Reisen kennengelernt habe; nach Bedarf auch Klosterbesucher oder Angehöriger eines anderen Ordens. Bald bin ich Vater Joseph, bald Vater Stanislaus oder Robert, hier Bruder Augustus, dort Bruder Robert. Ich bin ein interessanter Gast im Refektorium der Klöster, am Tische des Landesfürsten, ein Kocher in den Wirt-

häusern der Städte, wo ich in schöner leichter Gesellschaft die Westpenden bei Seltsamen durchbringe.“

Der Vorleser hielt inne und reckte die Rechte zum Himmel: „Wehe, wehe!“ Dann kam er zum Schluss.

„In Old Monroe und in Long bin ich Doktor der Theologie, in Alten Offizier, in Quebec Dechant, Visitator der Trappisten in Frankreich, am Strande von Ostende Bischof Alfred de Rohan, Koadjutor des Erzbischofs von St. Franziska. Um Hunderte und Tausende, die ich vergeblich, schädliche ich Richter und Geistliche. Ich besuche Benediktiner, Zisterzienser, Trappisten, Prämonstratenser, Franziskaner, Augustiner, Kapuziner, Karmeliter, Redemptoristen, Alexianer, ja selbst die Schwelmer vom armen Kinde Jesu. Die Mitra des Bischofs und die Inful des Abtes sind mir Wegweiser auf meiner Fahrt. Ich täusche Gardiane und Prioren, Großkellner, Superioren, ich überliste Bräutern, Bischöfe, Dechanten, Benediktiner und Prämonstratenser, Kapuziner und Vikare, Militärkaplänne und Bekehrer — ich schröple alle diese frommen Betrüger nach Kräften und nach der gleichen Methode und räche an ihnen die seit Jahrhunderten betörte Menschheit.“

Am heiligen Zorn schauderte jetzt der Präbendat das Buch in den Koffer und betrauerte sich. „Anathema! Es ist der Widerlächer — Vezelbuch — Satanas leitbaffiger Geistes!“

Nirgends aber, so sehr man auch suchte, ergab sich ein Anhaltspunkt für des Unflüchlichen wirkliche Persönlichkeit.

Während die Polizeibeamten die Beweisstücke wieder im Koffer verpackten, trat ein Stallknecht des Hotels unauffällig zu dem Kommissar und erklärte, er wolle ihm, wenn er ihn nicht bloßstellen, eine wichtige Entdeckung machen.

Der Beamte gab alle möglichen Zusicherungen.

Da erzählte der Stallknecht, daß er vor vier Jahren in der Fremdenlegation in Algier gedient und wegen militärischer Verbrechen im Justizhaus zu Verurteilung Strafe verurteilt habe. Da sei er dem Unbekannten begegnet, der ebenfalls Strafgefangener gewesen sei. Er habe ihn genau wiedererkannt und täusche sich nicht. Aber seinen Namen wisse er nicht mehr. Er habe ihn vergessen.

Der Kommissar dankte dem Stallknecht und machte sich seine Notizen.

Als am anderen Tage die Zeitungen den Polizeibericht über den falkischen Dominikaner brachten, enthielten sie zugleich eine Mitteilung, daß die Kriminalsekretäre Anwaltlich gestern Abend eigenmächtig unter Mitnahme fremder Kleidungsstücke vom Lager einer Schwerverletzten entfernt habe, die infolge der verschiedenen Ohren in derselben Nacht unter Qualen verstorben ist.

(Karlheinz folgt.)

